

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Gartenstadt**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, den 23.02.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Integrierte Gesamtschule Gartenstadt, Abteistraße 18, 67067 Ludwigshafen

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Andreas Rennig

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Jeannette Ludwicki

Ulrich Sommer

Birgitta Frings

Lukas Muciek

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Stefan Klee

Elisabeth Schäfer

Norbert Kimpel

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

### Grünes Forum - Ortsbeiratsfraktion

Martina Holzbecher

### FWG-Ortsbeiratsmitglied

Markus Sandmann

Hans Arndt

### Schriftführer/in

Lorena Schmitt

## **Entschuldigt fehlten:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Katharina Sommer

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Markus Lemberger

Barbara Lemberger

### Grünes Forum - Ortsbeiratsfraktion

Claus Guntrum

## Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes  
Vorlage: 20224598
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht Ortsvorsteher
4. Entwicklung des St. Marienkrankenhauses  
Vorlage: 20224676
5. Diskussion zu ungenutzten Flächen des Otto-Thiele- Platz  
Vorlage: 20224677
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Verankerung oder Austausch eines Findlings  
Vorlage: 20224614
7. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
E-Ladestationen bei Straßenausbau im Ortsbezirk Gartenstadt  
Vorlage: 20224568
8. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Bürgersteig Ligustergang  
Vorlage: 20224654
9. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Friedhof Mundenheim  
Vorlage: 20224651
10. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Kita Ausbau und Betreuungssituation für Kinder in Tageseinrichtungen im Ortsbezirk Gartenstadt  
Vorlage: 20224567
11. Anfrage der Ortsbeiratsfraktion Grünes Forum Gartenstadt  
Verkehrssituation Ligustergang  
Vorlage: 20224675
12. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Ladenzeile Niederfeld  
Vorlage: 20224652
13. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstandsbericht zur Einführung digitaler Gremienarbeit  
Vorlage: 20224569

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Der Ortsbeirat tagt nach der Schließung des Rathauscenters erstmalig in der Integrierten Gesamtschule. Der Ortsvorsteher dankt dem Schulverwalter Herrn Keller, der zugegen ist, für die Vorbereitung und Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten in der Aula der Integrierten Gesamtschule Gartenstadt.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes**

Der Ortsvorsteher verpflichtet Frau Jeannette Ludwicki, CDU-Fraktion, als neues Mitglied des Ortsbeirates Gartenstadt. Frau Eva-Maria Uebel ist aus persönlichen Gründen aus dem Ortsbeirat ausgeschieden.

### **zu 2      Einwohnerfragestunde**

Durch einen Einwohner wird folgendes Bürgeranliegen vorgebracht:

Am Hintereingang des Friedhofs Mundenheim muss der Weg ausgebessert werden, da er sehr schlecht mit Kinderwägen und Rollstühlen befahren werden kann.

### **zu 3      Bericht Ortsvorsteher**

Seit dem 01.01.2022 arbeitet eine neue Mitarbeiterin im Ortsvorsteherbüro, Lorena Schmitt.

Der Ortsvorsteher verweist auf die neuen geänderten Öffnungszeiten, die zugunsten der Berufstätigen auf zwei Nachmittage ausgedehnt worden sind. Der Ortsvorsteher hofft auf mehr Publikumsverkehr nach der Pandemie.

Der Ortsvorsteher berichtet erfreut, dass der auf einen gemeinsamen Antrag aller Ortsbeiratsfraktionen hin angeregte Sportparcours im Volkspark dank zahlreicher großzügiger Spender noch in diesem Frühjahr realisiert werden kann. Frau Bindert hat hier sehr unterstützt. Die Fraktionssprecher wurden bereits darüber informiert, dass auch ein Inklusionsbarren dabei sein wird, um Menschen mit Handicap am Sportparcours teilhaben zu lassen. Geplant ist der Einbau der Geräte am 20.05.2022 ab 10 Uhr im Rahmen des Freiwilligentages, sehr gerne unter der Mithilfe der Sponsoren und Ortsbeiräte. Einladungen hierzu folgen.

Im Grünen Hof wurden anlässlich der Ausweisung als Enge Straße Halteverbotsschilder aufgestellt. Laut Anwohnerprotesten wurde bereits am darauffolgenden Tag abgeschleppt. Die Anwohner beklagten mit einer Unterschriftenliste eine fehlende Karenzzeit. Dies wird gerade überprüft.

Vom Otto-Thiele-Platz ausgehend wird im Rahmen der Aktion Saubere Stadt eine Reinigungsaktion stattfinden, zu der die Ortsbeiräte eingeladen werden. Die Idee ist vor einigen Wochen entstanden, als der Ortsvorsteher mit einem Bürger ins Gespräch gekommen ist, der gerade im Gebüsch Müll aufsammelte.

Der Ortsvorsteher verweist bezüglich des Anschreibens der Oberbürgermeisterin an die Ortsbeiräte darauf, dass der Ortsbeirat Gartenstadt auf die frühzeitige Einreichung der Anträge achtet. Dieses Mal wurde gerade der Antrag, der als erstes bei der Stadt einging, nicht beantwortet und vertagt. Insgesamt haben sich die Antworten der Verwaltung in der letzten Zeit häufig verbessert. Sehr Vieles lässt sich auch direkt auf dem sogenannten kleinen Dienstweg regeln. Insofern betrifft die Bitte der Oberbürgermeisterin, die Anzahl der Anträge und Anfragen zu begrenzen, den Ortsbeirat Gartenstadt nicht.

Die Städtische Klimaschutzkoordinatorin Frau Schlomka hat mit dem Ortsvorsteher Kontakt aufgenommen. Im März werden in der Gartenstadt, ausgehend von der südlichen Raschigstraße, im Rahmen einer Sanierungskampagne in Kooperation mit der Verbraucherzentrale RLP und der Klimaagentur Rhein-Ruhr an 1000 Einfamilienhäusern zunächst Türhänger verteilt und eine Woche später der Kontakt zu den Besitzern gesucht. Diese können dann ihren Energie-Gebäudecheck dank Fördergeldern gratis durchführen lassen. Auch Solarstromberatung ist hier möglich. Es werden in der nächsten Woche hierzu auch Informationsplakate im Stadtteil aufgehängt. Weitere Informationen hierzu erhalten die Ortsbeiratsmitglieder und Bürger im Ortsvorsteherbüro.

Herr Sommer gab zu bedenken, dass hinsichtlich der Einbruchssicherheit auf Türhänger verzichtet und lieber nur die Briefkästen bestückt werden sollten. Der Ortsvorsteher wird den Einwand aufgreifen und diesbezüglich nachfragen.

#### **zu 4      Entwicklung des St. Marienkrankenhauses**

Herr Will, Leiter des Verwaltungsmanagements, hätte die Damen und Herren des Ortsbeirates sehr gerne in den Räumlichkeiten des Marienkrankenhauses willkommen geheißen, was derzeit aber aus Coronagesichtspunkten nicht möglich ist.

Das Marienkrankenhaus und das St. Annastift sind eingebettet in die St. Dominikus Krankenhaus und Jugendhilfe GmbH Speyer. Der Neubau der Kinderklinik am Marienkrankenhauses wird bis Ende 2022 fertig sein.

Dieser Neubau ist immens wichtig für die Kinder – und Jugendmedizin der Region. Aktuell werden alle Kinder im St. Annastift stationär und ambulant behandelt. Durch ein hohes Fallaufkommen, vor allem an Mittwochnachmittagen und an Wochenenden und die dadurch notwendige Risikoeinschätzung der Anmeldungen kommt es oft zu stundenlangen Wartezeiten. Nach der Eröffnung der neuen Kinderklinik am Marienkrankenhaus wird die Kinder- und Jugendpsychiatrie im St. Annastift ausgebaut.

Der Neubau wird eine Kindernotaufnahme beinhalten sowie einen Bereich zur ambulanten Versorgung. Weiterhin neu eingerichtet wird eine Palliativstation mit Einzelzimmern und der Möglichkeit der Aufnahme von Eltern und Geschwistern, die über Balkone verfügen werden, auf die die Patienten im Krankbett hinausgeschoben werden können, was äußerst wertvoll für die Schwerkranken ist.

Das Marienkrankenhaus wird zu einem von zwei zertifizierten Diabeteszentren für Kinder südlich des Mains. Es werden im Neubau neue Operationssäle eingerichtet, neue Aufwachräume und Sterilisationseinheiten, deren Notwendigkeit sich gerade in der Pandemiezeit gezeigt hat. Hinzu kommen Isolationszimmer mit der Möglichkeit der Elternaufnahme. Eingerichtet werden ebenfalls Gemeinschaftsräume mit Küchenzeile. Weiterhin dazugehören werden eine Intensivstation und eine Aufnahme ohne Bett für die umfassende ambulante Behandlung von Anfang bis Ende.

Zur Parkplatzsituation erwähnte Herr Will, dass das neue Parkhaus zunehmend angenommen wird und für die Mitarbeiter nur 1 Euro pro Tag kostet.

Insgesamt gesehen werden sich die beiden Ludwigshafener Krankenhäuser perfekt ergänzen und die medizinische Versorgung in der Stadt weiter optimieren. Schwerpunkt des Städtischen Klinikums ist die Versorgung von Schlaganfallpatienten und das Herzzentrum.

**Der Ortsbeirat dankt Herrn Will für die ausführlichen und sehr informativen Ausführungen.**

## **zu 5      Diskussion zu ungenutzten Flächen des Otto-Thiele- Platz**

Der Ortsvorsteher führt aus, dass der sehr große Otto-Thiele-Platz seit vielen Jahren nicht mehr als Festplatz genutzt wird, und falls dies nach Corona doch wieder ansteht, würde nur ein Drittel der Fläche für die Schausteller benötigt. Hinzu kommt, dass die Arge erhebliche Probleme hat, ein neues Fest aufgrund hoher Auflagen und Personalproblemen stattfinden zu lassen.

In den letzten Jahren gab es zunehmend massive Beschwerden, dass der Platz vor allem in den Abendstunden als Rennstrecke genutzt wird.

Was die Vermüllung anbetrifft, betont der Ortsvorsteher, dass die Stadt den Platz immer wieder reinigt und er sogleich erneut zugemüllt wird.

Der Ortsvorsteher möchte mit den Fraktionen die Nutzungsmöglichkeiten dieses großen Platzes diskutieren. Zu denken wären an Wohnbebauung oder Einkaufsmöglichkeiten.

Aus den Reihen des Gremiums wird eine Analyse des Parkbedarfs und eine Bedarfserhebung vorgeschlagen im Hinblick auf die nahegelegene Schule und das Seniorenheim. Allen soll Rechnung getragen werden. Die Idee einer Teilbebauung findet Anklang im Gremium. Der eventuell in den nächsten Jahren höhere Schulraumbedarf soll mitberücksichtigt werden.

**Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung entsprechend der Diskussion um das Aufzeigen der Möglichkeiten für eine weitere Nutzung des Platzes.**

## **zu 6      Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Verankerung oder Austausch eines Findlings**

Die Stellungnahme zu diesem Antrag konnte nicht rechtzeitig vorgelegt werden und wird bei der nächsten Ortsbeiratssitzung nachgereicht.

**Der Antragssteller äußert sich darüber sehr unzufrieden.**

**zu 7      Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
E-Ladestationen bei Straßenausbau im Ortsbezirk Gartenstadt**

Laut TWL werden bei Straßenausbauten im Rahmen der Zielnetzplanung Strom sowie in der Gesamtbetrachtung für Ludwigshafen die künftig steigenden Bedarfe durch Elektromobilität berücksichtigt.

Eine wichtige Säule der Elektromobilität mit Batteriefahrzeugen ist der stetige Aufbau einer Ladeinfrastruktur. Das Laden zu Hause an der eigenen Wallbox, am Arbeitsplatz, bei Gasthäusern oder Hotels, beim Einkaufen oder an Schnellladesäulen an Tankstellen oder anderen halböffentlichen Bereichen kann als verlässlich bezeichnet werden - solange die Lademöglichkeit im Voraus verbindlich gebucht werden kann. Ab dem Moment der Buchung kann der Kraftfahrzeugführer sich auf eine freie Steckdose mit freiem Stellplatz  verlassen. Erscheint er nicht zum gebuchten Zeitpunkt und verlängert er die Buchung nicht, kann die Lademöglichkeit nach einer Karenzzeit für andere Fahrzeuge bereitstehen. Für die Buchung könnte ein Entgelt erhoben werden, dieses wird beim Laden angerechnet, bei no-show geht es verloren.

Eine Lademöglichkeit im öffentlichen Straßenraum kann nicht im Voraus gebucht werden, der stromsuchende Kraftfahrer kann sich lediglich im Voraus über freie Lademöglichkeiten informieren. Eine freie Lademöglichkeit kann aber bis zum eigenen Erscheinen an der gewählten Säule nicht zugesichert werden, ein anderes Stromfahrzeug oder gar ein Verbrenner kann ihm zuvorgekommen sein. Eine freie Ladesäule kann in einer App ggf. als frei angezeigt werden, obwohl ein Fahrzeug dort parkt ohne zu laden.

Die Parkflächen an Ladesäulen sind mit Einschränkungen der Parkdauer auf die Ladezeit, auf 4 oder 2 Stunden gekennzeichnet, dies wird von Kontrollorganen geprüft. Nur wenn diese Kontrollen lückenlos durchgeführt werden und Fahrzeuge mit Verbrennermotoren sowie Batteriefahrzeuge nach Überschreiten der maximalen Parkzeit konsequent abgeschleppt werden, kann von einer verlässlichen Energiequelle gesprochen werden. Da dies aber schon der jeweils aktuellen Rechtsprechung oder Auslegung der Regeln durch das Überwachungspersonal vor Ort unterliegt, kann nicht von einer verlässlichen Energiequelle gesprochen werden. Wird erst abgeschleppt, nachdem ein stromsuchender Kraftfahrer die Behörden eingeschaltet hat, kann dies eine Wartezeit erforderlich machen, während derer die Ladesäule für den aktuell Interessierten noch nicht nutzbar ist. Die Ankunft an einem solchen Parkplatz muss daher so geplant werden, dass eine Pufferzeit von bis zu zwei oder mehr Stunden für ein mögliches Abschleppen möglich ist.

Das ist in keinster Weise realistisch. Solange die Bedingungen für ein verlässliches Laden nicht gegeben sind, lehnt es die Verwaltung der Stadt grundsätzlich ab, Ladesäulen im öffentlichen Raum zu errichten.

Abgesehen davon ist das Aufstellen von Ladesäulen eine privatwirtschaftliche Aufgabe, die von der Stadtverwaltung nicht geleistet werden kann. Die Verwaltung würde in dem Fall als Ladesäulenbetreiber und Elektrizitätsversorgungsunternehmen auftreten und unternehmerisch tätig werden. Dies ist – auch aus rechtlichen Gründen – nicht möglich. Hinzu kommt, dass die von den TWL betriebenen Ladesäulen im öffentlichen Raum in Ludwigshafen nicht ausgelastet sind, so dass die TWL auch aus wirtschaftlichen Gründen den Ausbau nicht weiter anstreben. Die TWL fokussieren sich daher darauf, Ladeinfrastruktur aufzubauen, indem sie Bürger und Unternehmen dazu beraten und Ladeinfrastruktur für sie planen und bauen. Gerne prüft die TWL, ob und wie die Installation einer Wallbox möglich ist.

Doch nicht nur aufgrund der nicht verlässlichen Lademöglichkeit, sondern auch aus Gründen der Verkehrssicherheit ist ein Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum problematisch.

So ist es ratsam – zumindest von parallel zum Gehweg aufgestellten Ladesäulen - abzusehen. Zum Ausschluss einer Behinderung oder Gefährdung von Fußgängern und Radfahrer\*innen muss verhindert werden, dass diese durch Ladekabel, die sich im Gehweg befinden, gefährdet werden. Deshalb lehnt es 2-15 ab, parallel zum Gehweg stehende Ladesäulen einzurichten. Auch 4-14 als Straßenbaulastträger lehnt diese ab.

Die Verwaltung geht davon aus, dass viele der Ladevorgänge beim Arbeitgeber oder im halböffentlichen Raum erledigt werden können. Prädestiniert sind hier Orte, an denen man sich sowieso länger aufhält (=länger parkt) wie etwa Supermärkte. Lademöglichkeiten in Parkhäusern, Quartiersgaragen oder auf Parkplätzen des Einzelhandels sind ebenso interessant (auch als Wettbewerbsvorteil), hier setzen sich zunehmend die teuren Schnellladesäulen durch.

Mit dem seit März 2021 gültigen Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) müssen ab Januar 2025 alle Parkplätze von bestehenden Nichtwohngebäuden mit mehr als 20 Stellflächen mindestens eine E-Ladestation aufweisen. Hier wird der Handel vielerorts nachrüsten müssen.

Bereits jetzt gilt: Wer ein Nichtwohngebäude neu errichtet, das über mehr als sechs an das Gebäude angrenzende Stellplätze verfügt, hat dafür zu sorgen, dass

- mindestens jeder dritte Stellplatz mit der Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet wird
- zusätzlich mindestens ein Ladepunkt errichtet wird.

Für Nichtwohngebäude, die über mehr als zehn an das Gebäude angrenzende Stellplätze verfügen, gilt bei größeren Renovierungen, welche den Parkplatz oder die elektrische Infrastruktur des Parkplatzes umfassen, folgendes:

- mindestens jeder fünfte Stellplatz muss mit der Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet werden
- zusätzlich muss mindestens ein Ladepunkt errichtet werden

Wir gehen davon aus, dass die Supermarktbetreiber von selbst nachrüsten. Nach der EnBW ist aktuell ALDI der zweitgrößte Betreiber (Anzahl Ladesäulen) von Schnellladesäulen in Deutschland.

Eine im Februar 2022 erschienene Studie der Agora Verkehrswende „Schnellladen fördern, Wettbewerb stärken - Finanzierungsmodelle für den Aufbau von öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für Pkw“ kommt zu dem Schluss, dass „eine überschlägige Betrachtung der Verfügbarkeit von Parkflächen zeigt, dass bereits die Zahl der Parkplätze der fünf größten Supermarktketten ausreicht, um den prognostizierten Bedarf für öffentliche Ladeinfrastruktur bis 2030 (15 Mio. E-Pkw) zu decken.“

**Der Antragssteller nimmt die sehr ausführliche Antwort der Verwaltung sehr wohlwollend zur Kenntnis.**

**zu 8      Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Bürgersteig Ligustergang**

Der im Zuge der GAG-Baumaßnahme beschädigte Betonplattenbelag im Ligustergang und in der Abteistraße wurde von der GAG zu eigenen Lasten entsprechend der ursprünglichen Lage in Abstimmung mit 4-14 in Pflasterbausteinweise wiederhergestellt.

Eine Erneuerung des außerhalb der GAG-Maßnahme im Altzustand verbliebenen Gehwegbelages sowie eine Bordsteinabsenkung im Einmündungsbereich Ligustergang/Abteistraße

bzw Ligustergang/Raschigstraße kann erst im Zuge eines Fahrbahnausbaus im Ligustergang erfolgen.

**Der Ortsbeirat bekundet, dass die Situation vor Ort gefährlich und insofern die Antwort der Verwaltung unbefriedigend ist. Bei einer ganz neuen Bebauung liegen hier leider Versäumnisse vor.**

**zu 9           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Friedhof Mundenheim**

Die Urnen werden von den Bestattern auf die Friedhöfe gebracht und in verschlossenen Schränken bis zur Trauerfeier oder Beisetzung aufbewahrt. In Mundenheim befinden sie sich seit ca. einem halben Jahr nicht mehr im Pfarrerrzimmer, sondern im Organistenzimmer. Der Trakt mit dem Organistenzimmer ist für betriebsfremde Personen nicht zugänglich. Die Pietät ist so gewährleistet.

**Der Fragensteller äußert sich unzufrieden mit der Antwort.**

**zu 10           Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Kita Ausbau und Betreuungssituation für Kinder in Tageseinrichtungen im  
Ortsbezirk Gartenstadt**

1.) Wie viele Personalstellen im gesamten Kita-Bereich im Ortsbezirk Gartenstadt (träger-übergreifend) sind zurzeit unbesetzt?

Kath. Kitas

Kita	Offene Personalstellen
St. Bonifaz	0,315 PE

St. Hildegard	0,389 PE
St. Hedwig	0,747 PE

Prot. Kitas (Stand 17.12.2021)

Kita	Offene Personalstellen
Sonnenland	1,39 PE

Städt. Kitas

Kita	Offene Personalstellen
KTS Ernst-Reuter	4,07 PE
KTS Löwenzahn	4,71 PE

2.) Wie viele Betreuungsplätzen können deshalb nicht realisiert werden?

Insgesamt können hierdurch momentan 95 Plätze nicht belegt werden.

3.) Wie viele Kitas decken noch den Ganztagsbedarf der Eltern (7- 17 Uhr) ab, wie viele Kitas decken Randzeiten ab?

In der Gartenstadt werden neben den 251 Plätzen im Regelangebot von durchgehend 7 Stunden mit Mittagessen noch 90 Plätze in TZ (Vor- und Nachmittagsangebot, Plätze können aufgrund erforderlicher umfangreicher Baumaßnahmen in den Kitas prot. Sonnenland und kath. St. Bonifaz noch nicht in ein VVAngebot umgewandelt werden).

Jede Kita bietet ein Ganztags-Angebot.

In den Kitas kath. St. Hildegard und St. Bonifaz, prot. Johanneskäfer und Sonnenland städt. Ernst-Reuter-Siedlung werden insgesamt 147 Plätze mit täglich 9 Betreuungsstunden und in den Kitas kath. St. Hedwig, prot. Kunterbunt und städt. Löwenzahn insgesamt 102 Plätze mit täglich 10 Betreuungsstunden (7:00 bis 17:00 Uhr) angeboten.

Weitere Einzelheiten zu den Betreuungszeiten der einzelnen Kitas können dem Bedarfsplan Kindertagesstätten auf der Homepage der Stadt Ludwigshafen entnommen werden.

Eine Betreuung in den darüber hinaus gehenden Randzeiten kann über die Kindertagespflege erfolgen. Hier unterstützt der Deutsche Kinderschutzbund bei der Vermittlung an geeignete Kindertagespflegepersonen.

4.) Wie wird dieser Bedarf zukünftig gedeckt werden?

Das GZ-Angebot entspricht, gemessen am Gesamtangebot unter Berücksichtigung der insgesamt noch fehlenden Plätze, dem Bedarf.

Darüber hinaus gehende Randzeitenbetreuung soll aufgrund der geringen Einzelbedarfe weiterhin über die Kindertagespflege erfolgen bzw. gedeckt werden.

- 5.) Gibt es weitere Planung neben dem Volkshaus und der Erweiterungen von bestehenden Kitas weitere Einrichtungen zu bauen? Wenn JA an welchen Plätzen?

Im Stadtteil Gartenstadt wird ein weiterer Standort für eine Kita mit 75 Plätzen für Kinder im Alter von zwei Jahren bis Schuleintritt benötigt.

- 6.) Kann sich die Stadtverwaltung vorstellen eine naturnahe Kita / Wald-Kita in unmittelbarer Nähe zum Maudacher Bruch im Ortsbezirk der Gartenstadt zu errichten?

Die Verwaltung kann sich eine naturnahe Kita / Waldkita vorstellen. Hierfür ist eine umfangreiche pädagogische Konzeption zu erstellen. Bisher konnten aufgrund der durch die Umsetzung des neuen KiTaG und der Pandemie gebundenen personellen Ressourcen sowie vorrangiger Projekte die erforderlichen konzeptionellen, örtlichen und baulichen Planungen und Prüfungen einer solchen Maßnahme noch nicht erfolgen.

- 7.) Ist das Grundstück neben dem Dr. Hans Bardens Haus (Alten- und Pflegeheim) in der Kallstadter Str. im städtischen Besitz?

Das Gelände nördlich des Dr.-Hans-Bardens-Hauses befindet sich im Eigentum der Stadt Ludwigshafen, Bereich Umwelt. Ob dieser für eine Kita geeignet ist muss geprüft werden. Seitens der Verwaltung wäre auch der Otto-Thiele-Platz eine Option.

**Der Anfrager bedankt sich für die sehr ausführliche und gute Antwort der Verwaltung.**

**zu 11      Anfrage der Ortsbeiratsfraktion Grünes Forum Gartenstadt  
Verkehrssituation Ligustergang**

Wenn der Ortsbeirat den Auftrag zur Überprüfung erteilt, ob für den Ligustergang im Abschnitt zwischen Abtei- und Raschigstraße eine Einbahnstraße einzurichten ist, wird die Verwaltung die notwendigen Maßnahmen zur Prüfung einleiten. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass nach Erteilung des Prüfauftrages an die Verwaltung das Prüfungsergebnis bindend und dann auch umzusetzen ist. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass im Falle der Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung die bisher bestehenden Kurzzeitparkplätze im Ligustergang entfallen würden und die Durchfahrgeschwindigkeit voraussichtlich beschleunigt würde. Wir empfehlen Ortsbeirat im Vorfeld das Meinungsbild der Anwohner

aufzunehmen und nur dann einen Prüfauftrag zu erteilen. Die Anwohnerbefragung wird nicht von der Verwaltung durchgeführt.

**Der Anfragersteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.**

**Der Ortsvorsteher verweist darauf, dass dringend das Gespräch mit den Bürgern gesucht werden, da erhebliche Veränderungen geplant sind.**

**Allerdings werden in 2022 dafür wohl weder Geld noch Personal zur Verfügung stehen.**

**zu 12      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Ladenzeile Niederfeld**

Mit dem Ortsbeirat wurden in der Vergangenheit mehrfach Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung der Ladezeile diskutiert.

Die diskutierten Maßnahmen sollen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen realisiert werden und müssen daher im Rahmen des städtischen Haushaltes aus den Ansätzen für den Straßenbau finanziert werden.

Eine Finanzierung der Maßnahmen

- Neumöblierung des Platzes durch Sitzmöbel
- Gestaltung des Platzes mit Spielpunkten
- Herstellung eines Schachfeldes
- Aufstellung von urban gardening
- Rückbau der Parkplätze entlang eines Grünstreifen

mit Mitteln aus dem zu 80 % aus Straßenausbaubeiträgen finanzierten Straßenausbauprogramm ist nicht möglich, da es sich bei den genannten Maßnahmen nicht um Straßenbaumaßnahmen handelt. Die Umsetzung der Maßnahmen muss daher zu 100% allein aus städtischen Mitteln finanziert werden.

Vor dem Hintergrund, dass der städtische Haushalt defizitär ist und für das Jahr 2022 noch nicht genehmigt wurde, besteht derzeit die Forderung der ADD auf zusätzliche Einsparungen.

Damit können grundsätzlich nur Maßnahmen finanziert werden, deren Unabweisbarkeit nachgewiesen werden kann. Dieser Nachweis setzt voraus, dass diese Maßnahmen der Beseitigung gefahrdrohender Zustände und somit zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und gefahrlosen Funktionsfähigkeit der verkehrlichen Anlage zwingend erforderlich sind. Diese Forderung wird von den zuvor genannten Maßnahmen nicht erfüllt. Die genannten Maßnahmen sind zwar städtebaulich wünschenswert, der Nachweis der Unabweisbarkeit kann leider nicht geführt werden.

Lediglich der Einbau von Gehwegvorsprüngen in die Fahrbahn der Niederfeldstraße zur Verbesserung der Sicherheit bei der Querung der Fahrbahn kann mit der Verbesserung der Verkehrssicherheit begründet werden. Eine Finanzierung dieser Maßnahme im Rahmen des allgemeinen Straßenbaus wäre denkbar. Allerdings sind die hierfür im Jahre 2022 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereits für dringende Instandsetzungsarbeiten an sanierungsbedürftigen Straßen verplant.

Ein grundsätzliches Problem stellen auch die im Bereich Tiefbau nicht zur Verfügung stehenden Personalressourcen dar, wodurch aktuell kein Personal für die Bearbeitung dieses Projekts zur Verfügung steht. Wir werden die oben beschriebene Maßnahme für 2023 vormerken und umsetzen, sofern nicht andere dringende verkehrssicherheitsrelevante Projekte zu priorisieren sind.

**Der Anfrager bedankt sich für die sehr ausführliche Antwort, bekundet aber, dass der Inhalt unbefriedigend sei.**

**zu 13      Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Sachstandsbericht zur Einführung digitaler Gremienarbeit**

Die Stadtverwaltung weist darauf hin, dass der Begriff "digitale Gremienarbeit" Zugriff auf das Ratsinformationssystem bedeutet. Sämtliche öffentliche Unterlagen, wie Einladung, Tagesordnung, Vorlagen von Anträgen/ Anfragen und Niederschriften sind im Ratsinformationssystem erfasst und einsehbar.

Eine einheitliche Umstellung auf papierlose Gremienarbeit auf Ortsbeiratsebene ist in der laufenden Legislaturperiode nicht vorgesehen. Mit Beschluss des Stadtrates vom 15.04.2019 wurde der Einführung der digitalen Ratsarbeit mit Beginn der Wahlperiode 2019/2024 im Stadtrat und seinen Ausschüssen zugestimmt. Während dieser Wahlperiode konnten die

Stadtratsmitglieder wählen, ob sie die „Digitale Ratsarbeit“ nutzen oder die Stadtratsunterlagen weiterhin in Papierform erhalten. Ab der Wahlperiode 2024/2029 solle der Versand von Stadtratsunterlagen in Papierform komplett eingestellt und die digitale Gremienarbeit für die Rats- und Ausschussmitglieder verbindlich festgelegt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt und aufgrund der städtischen Haushaltslage wurde die Ausweitung der digitalen Gremienarbeit auf die Ortsbeiräte über Mandatos App, wie es bereits den Ratsmitgliedern vorbehalten ist, noch nicht diskutiert.

Allerdings können die Ortsbeiratsmitglieder schon heute mit Ihren privaten Rechnern, Laptops oder Smartphones auf die jeweiligen Sitzungen über den Link <https://www.ludwigshafen.de/ratsinformationssystem/ri/> zugreifen. Voraussetzung für den Zugriff ist aus datenschutzrechtlichen Gründen eine Nutzerkennung, die jedem Mitglied im Ortsbeirat zur Verfügung gestellt wird. Die Anmeldung zum Ratsinformationssystem erfolgt über die Abteilung Gremien beim Bereich Recht, Herrn Spies.

Die Einladungen/Tagesordnungen für die Sitzungen der Ortsbeiräte werden zur Einhaltung der Ladungsfristen hingegen bereits seit längerer Zeit per E-Mail an alle Ortsbeiratsmitglieder versandt. Dabei wird stets auf das Ratsinformationssystem zur Einsicht sämtlicher für die Sitzung notwendiger Unterlagen verwiesen.

**Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende um 18.40 Uhr die öffentliche Sitzung.**

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.03.2022

---

Lorena Schmitt  
Schriftführerin

---

Andreas Rennig  
Vorsitzender